

## **I. Hamburg braucht hier an diesem Ort endlich ein Dokumentationszentrum für die Zeit der NS-Gewaltherrschaft mit ihren Tätern, Opfern und den Widerstand**

Ich stehe hier für den langen Atem, der gebraucht wird, um einen Gedenkort wie diesen zur Erinnerung an Gewalt und Verbrechen zu realisieren. Ich war langjährige Mitarbeiterin der Baubehörde und habe hier viele Jahre gearbeitet. Ich bin Gründungsmitglied der Initiative Gedenktafel Stadthaus 1981 sowie der heutigen Initiative Gedenkort Stadthaus. Ich habe an der Entstehung der ersten Gedenktafel im Haupteingang der Stadthausbrücke 8 von 1981 mitgewirkt, zusammen mit Reinhard Buff und Arndt Offer, die heute auch hier zugegen sind. Die Gedenktafel erinnert weiterhin am selben Ort an die NS-Gewaltherrschaft, das Leid der Opfer und den Widerstand in Hamburg.

Hier mitten in Hamburg war das Stadthaus in der Zeit von 1933 bis 1943 Sitz aller Polizeidienststellen des NS- Regimes in Hamburg und für Norddeutschland. Hier wurden unzählige Frauen und Männer als Verfolgte, Gegnerinnen und Gegner verhört, erniedrigt, gefoltert und ermordet. Aber da war auch todesmutiger Widerstand, schreibt Ralph Giordano 1986, und wohl auch mehr Widerwille als anderen Orts im damaligen Deutschland.

Bis heute fehlt hier an dieser zentralen Stelle im Stadthaus ein umfassender Dokumentations- Lern- und Gedenkort. Es geht um ein Gesamtbild der NS-Herrschaft in Hamburg. Jede und jeder von uns braucht heute mehr denn je fundierte und vertiefte Kenntnisse über die Vergangenheit, damit wir Zusammenhänge erkennen, verstehen und uns ein Urteil bilden können. Es geht darum, heutige Ereignisse und ihre Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft selbst einschätzen und beurteilen zu können.

Gerade hier an diesem Ort geht es um die politischen Ereignisse und die Wirklichkeiten im Lebensalltag von Opfern und Tätern während der NS-Gewaltherrschaft in Hamburg, um Verfolgung, Widerstand und Gräueltaten und wie es dazu kommen konnte. Angesichts des entsetzlichen Kriegs in der Ukraine stehen uns gerade in diesen Tagen der Schrecken im Gesicht und die Fragen auf der Stirn, ob wir uns denn ausreichend informiert und hingeschaut haben.

Wir, die Gesellschaft in Hamburg brauchen daher einen Gedenk- und Lernort, der die Darstellung des Terrors in Hamburg ermöglicht, über Verfolgung und Vertreibung, über die Leidenswege der Opfer ebenso wie über den Widerstand in der Zeit von 1933 bis 1945. Denn nur das eigene Urteilsvermögen bewahrt uns vor Abhängigkeit und Hilflosigkeit und versetzt uns in die Lage, unser gesellschaftliches Leben in Verantwortung für Demokratie und gegen jede Form von Faschismus mitzugestalten und nicht ausgeliefert, sondern tatkräftig zu sein.

## **II. Legendenbildung in Hamburg**

Wie konnte es dazu kommen, dass in der Öffentlichkeit so wenig von den Verbrechen während NS-Zeit in Hamburg bekannt ist?

Es gehört zu den Lebenslügen der Hamburger Gesellschaft, die bis in die heutige Zeit hineinwirken, dass es gerade in Hamburg doch gar nicht so „schlimm“ gewesen sei. Rudolf Petersen, der erste Hamburger Bürgermeister in der Nachkriegszeit behauptete, die Hamburger Bevölkerung habe einen mäßigenden Einfluss auf die radikalen Ideen der NSDAP ausgeübt. Hanseatisch distanziert - so behauptet man - sei nach 1933 die Haltung der Bevölkerung zur verbrecherischen Rassen- und Gewaltpolitik Hitlers gewesen.

Fotos und Dokumente belegen, dass Hitler neben den Führerstädten Berlin, München und Nürnberg keine Stadt so oft besucht hat wie Hamburg. Entgegen der Mähr und den Schutzbehauptungen nach 1945, dass Hitler Hamburg nicht „gemocht“ und gemieden habe, sind unterdessen 75 Besuche Hitlers in Hamburg dokumentiert, davon viele bei Stapelläufen von großen Kriegsschiffen im Hamburger Hafen.

Auch die Aussagen von Ralph Giordano über seine Heimatstadt in der Zeit nach 1945 klingen sehr anders: Das eigentlich Erschütternde an diesen Fotos und Dokumenten sei, dass sie nachweisen, wie schnell sich auch das äußere Bild Hamburgs veränderte und wie schnell auch hier der Gleichschritt im buchstäblichen und im übertragenen Sinne übernommen worden sei. Es war nicht etwa nur die Befolgung von Parolen und bloßes Parieren, sondern aktive Realisierung der nun geltenden politischen Ansagen. Und das Bild von der Gesellschaft wird nicht geformt von zähneknirschender Beugung unter ein Joch, sondern es wird geformt von Bereitwilligkeit und der Fähigkeit dem „Neuen“ zugetan zu folgen.

Die Legendenbildung vom widerständigen Hamburg hat sich hartnäckig gehalten. Entscheidende Träger des NS-Terrors in Hamburg sind für ihre Untaten nie vor einem Gericht zur Rechenschaft gezogen worden. Sie konnten unbemerkt wieder in die Hamburger Nachkriegsgesellschaft „hineingleiten“ und untertauchen. Ihr Entkommen hat der Legendenbildung Vorschub geleistet. Dies wirkt bis heute nach.

An der Person und dem Wirken von **Karl Kaufmann**, Jahrgang 1900, entzündeten sich unmittelbar nach 1945 zwar heftige Kontroversen in Hamburg, was aber nichts daran änderte, dass er bis zu seinem Tod unbehelligt blieb. Er war seit 1929 Gauleiter der NSDAP in Hamburg und seit 1933 Reichsstatthalter. Als solcher besetzte er die Schlüsselpositionen in allen Hamburger Behörden und Ämtern der Stadt mit zuverlässigen NSDAP-Mitgliedern und organisierte so den NS-Terror in Hamburg und Norddeutschland. Er wurde nach dem Krieg Mitarbeiter und Teilhaber im Versicherungsunternehmen eines ehemaligen NSDAP-Funktionärs und starb 1969 in Hamburg. Kein deutsches Gericht hat ihn jemals für seine Gewalttaten und Verbrechen während der NS-Zeit zur Rechenschaft gezogen.

Dies gilt auch für den 1902 in Hamburg geborenen Kaufmann **Bruno Streckenbach**, der 1933 die Leitung der Hamburger Staatspolizei übernahm, aus der ab 1935 die gefürchtete Gestapo hervorging. 1939 wird Streckenbach Leiter der Einsatzgruppe I und war verantwortlich für Massenerschießungen im besetzten Polen. Als General der Waffen-SS war Streckenbach in den folgenden Jahren sowohl ein Organisator als auch ein Vollstrecker des Völkermords. Nach dem Krieg kehrte er zurück nach Hamburg, arbeitete als kaufmännischer Angestellter und blieb bis zu seinem Tod im Jahr 1977 unbehelligt.

Der in Oldenburg geborene **Alfred Richter**, Jahrgang 1895, wurde 1931 für die NSDAP in die Hamburger Bürgerschaft gewählt, wurde 1933 durch den Reichsinnenminister zum Reichskommissar und Polizeiherrn für Hamburg ernannt und war damit gleichzeitig Innensenator der Stadt. Er trat im selben Jahr in die SA ein und machte dort sehr schnell Karriere. Er initiierte die Gründung des berüchtigten „Kommandos zur besonderen Verwendung“ (KzbV), das 1933 und 1934 zahlreiche Gewalttaten gegen Angehörige der politischen Opposition in Hamburg verübte. Ab 1935 übernahm er die Leitung der Gestapo von Bruno Streckenbach. Nach Kriegsende konnte Richter seine politische Karriere als stellvertretender Landesvorsitzender für die rechtskonservative Deutschen Partei (DP) fortsetzen. Sechs der neun DP-Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft lehnten jedoch die Zusammenarbeit mit Richter „wegen seiner politischen Funktion und Verantwortlichkeit in früherer Zeit“ ab. Kurz danach wurde Richter für die DP Ratsherr im Oldenburger Stadtrat und gehörte später als Nachrücker der DP/CDU-Fraktion dem niedersächsischen Landtag an. Er starb 1981, ohne dass ihn jemals ein Gericht zur Verantwortung gezogen hat.

Alle drei, die hier stellvertretend für viele andere Täter in Hamburg genannt seien, sahen sich nicht Recht und Gesetz verpflichtet, sondern dem Erhalt des faschistischen Systems, dem sie durch regellose Willkür dienten. Sich damit und mit den Personen zu befassen, ist eine Aufgabe, um der Legendenbildung auch heute und immer wieder entgegenzutreten. Denn die Legende von der hanseatischen Zurückhaltung gegenüber dem NS-Staat und die Verharmlosung des Nationalsozialismus grenzte nicht nur die Täter, sondern auch all die Opfer aus der hamburgischen Geschichte aus. Kein „freiheitlicher Bürgergeist“ hatte damals in Hamburg die Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner, die Einrichtung von Konzentrationslagern, die massenhafte Ermordung psychisch Kranker, die systematische Entrechtung sowie die Deportation und Ermordung tausender jüdischer und rassistisch verfolgter Menschen verhindert.

### **III. Das zähe und lange Ringen um ein angemessenes Gedenken im Stadthaus**

Eine erste Initiative für das Gedenken an die Verbrechen und Gräueltaten im Stadthaus hat es bereits unmittelbar nach dem Einzug der Baubehörde in die wieder aufgebauten Gebäude an der Stadthausbrücke gegeben. In der Nazizeit verfolgte Behördenmitarbeiter haben bereits 1948 vom damaligen Bausenator Nevermann, dem späteren Bürgermeister, gefordert, den berüchtigten „Bereitschaftsraum“ im vierten Stock der Stadthausbrücke 8, in dem Verhaftete auf ihr Verhör durch die Gestapo warten mussten und misshandelt wurden, zu einem Gedenkraum umzugestalten. 1950 bestanden dann „grundsätzliche Bedenken“. Der Antrag wurde nicht weiterverfolgt und verschwand in der Versenkung.

Dreißig weitere Jahre mussten vergehen und nochmals fünf Jahre eines zähen Ringens zwischen aufmerksamen Menschen, die über Nazi-Schmierereien an ihrem Arbeitsort nicht hinwegsehen wollten und der Behördenleitung. Eine kleine Gruppe junger Gewerkschaftsmitglieder der damaligen ÖTV hatte sich für eine Gedenktafel eingesetzt und dabei festgestellt, wie wenig damals überhaupt über die Geschichte des Stadthauses in der Nazi-Zeit bekannt war, sodass diese Gruppe auch eine erste 1981 erschienene Dokumentation zum Stadthaus als Gestapo-Hauptquartier erarbeitet hat. Im Zentrum standen fünfzehn Berichte von Menschen, die hier verhört und gefoltert worden waren. Erst nach langwierigen Unterschriftenaktionen, der Sammlung privater Spendengelder sowie hartnäckigen Verhandlungen über den Text konnte 1981 erstmals eine Gedenktafel im Haupteingang der Stadthausbrücke 8 enthüllt werden.

Noch einmal dreißig Jahre brauchte es, bis der Senat im Zusammenhang mit der Privatisierung des stadteigenen Gebäudekomplexes Stadthaus die Notwendigkeit anerkannte, hier „ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Hamburg“ - so steht es im Kaufvertrag - zu etablieren und den Immobilieninvestor Quantum die Realisierung und den Betrieb eines „Lernorts mit unterschiedlichen Inhalten auf einer Ausstellungsfläche von ca. 750 qm“ zu vereinbaren.

Im Mai 2018 präsentierten der Hamburger Kultursenator und der Investor ein Projekt, das sie für eine gute und angemessene Erinnerung an die Bedeutung des Stadthauses als früherer Zentrale des Naziterrors in Hamburg hielten: 70 Quadratmeter geschichtlicher Information eingebettet in die Fläche einer Buchhandlung mit Café von 210 Quadratmetern, nebenbei betrieben von der Buchhändlerin, die mit der Betreuung dieses viel zu kleinen „Geschichtsorts“ beauftragt wurde. Erst die Insolvenz der Buchhandlung hat nun zum Ende des von Anfang an nicht tragfähigen Experiments geführt.

Die Erinnerung an den Faschismus und die Auseinandersetzung damit gehören in die öffentliche Verantwortung. Wir fordern daher weiterhin hier in der Mitte von Hamburg ein Dokumentationszentrum in angemessener Größe zur Gewaltherrschaft, den Tätern, den Opfern und den Widerstand in Hamburg. Dies ist an diesem zentralen Ort notwendig und möglich. Nach den derzeitigen Vorstellungen des Senats soll der Widerstand nach Fuhlsbüttel abgeschoben werden, was wir nicht akzeptieren können und wollen.